

Schweizerische Vereinigung
für Freiheit, Demokratie
und Menschenwürde



THOMAS FUCHS, GROSSRAT,
SEKRETÄR PRO LIBERTATE
E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Oh du teure Fröhliche?

Weihnachten naht und die Geschenksprüche werden immer grösser, sprich teurer. Man verbringt Stunden vor dem Computer, aber hat keine Zeit, einmal im Jahr etwas selber zu basteln. Warum haben wir keine Ideen mehr? Warum nicht einmal Blumen zu Lebzeiten oder einem linken Verwandten ein Licht fürs Velo schenken? Ein freundliches Wort, eine gute Tat, z.B. für eine Betagte einkaufen, mal einen Schwatz mit älteren Nachbarn, einer Kranken etwas vorlesen. Alte Leute kosten nicht nur und erzählen nicht immer dasselbe und wenn doch, liegt es an uns. Stellen Sie einmal eine andere Frage als «wie geht es?», z.B. «wie habt ihr es geschafft, während dem 2. Weltkrieg zu überleben?». Sie werden viel Neues und Interessantes erfahren!

In diesem Sinne ideenreiche Festtage und einen guten Start im 2006



Bild: W. Gartenmann, Matten b. I.

Gespräch mit Robert Nef, Leiter des liberalen Institutes

«Ein liberaler Staat muss den Schutz der Freiheit des Einzelnen und der autonomen Gruppe gewährleisten»

PRO LIBERTATE: Was sind die Grundlagen des liberalen Staates und der Marktwirtschaft als Folge davon?

R. Nef: Ein liberaler Staat muss den Schutz der Freiheit des Einzelnen und der autonomen Gruppen gewährleisten. Er darf nur eingreifen, wenn das Leben, die Freiheit und die Integrität von Menschen gefährdet sind. Marktwirtschaft beruht auf dem fremdherrschaftsfreien Tausch. Dies setzt voraus, dass sich Güter, Dienstleistungen und auch Ideen frei bewegen und frei angeboten werden können.

PRO LIBERTATE: Liberal wird heute gleichgesetzt mit Managern auf der einen Seite, die Milliardengewinne kassieren, und Arbeitnehmern auf

der anderen Seite, denen gerade einmal die Teuerung ausgeglichen wird. Ist das Liberalismus?

R. Nef: Ungleichheit, die von vielen als ungerecht empfunden wird, gehört zum System der Marktwirt-

In dieser Ausgabe

- 4** Südafrika: das schwarze Schaf der Medien
- 4** Gedanken zum islamischen Terror
- 6** Fremde Vögte für Schweizer Steuern?
- 7** Gedanken der Präsidentin
- 8** Zusammenfassung



schaft. Das Unternehmen soll entscheiden können, wie sein Gewinn verteilt wird. Es hat auch die Folgen eines Verlustes selbst zu tragen. Der Arbeitnehmer muss sich ja mit seinem Lohn auch nicht am Verlust beteiligen. Die These, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, stimmt nicht. Vielmehr steigt der Wohlstand schubweise an, bei den Reichen zuerst und danach bei den ärmeren Bevölkerungsschichten. Die Gewinne werden für neue Investitionen gebraucht, die Arbeit schaffen und damit den relativ Armen ermöglichen, reicher zu werden. Wer heute als arm gilt, hätte vor 50 Jahren noch zum Mittelstand gehört.

PRO LIBERTATE: *Aber es war dennoch die kapitalistische Wirtschaft, die das verarmte Industrieproletariat (z.B. in England) überhaupt entstehen liess. Erst mit dem Sozialstaat konnten diese Entwicklungen kontrolliert werden.*

R. Nef: Diese marxistische These ist von der neueren Forschung widerlegt worden. Vor dem Zeitalter des Kapitalismus hat man sich für wirtschaftliches Elend kaum interessiert. Man hat es als gottgegeben angenommen und auch keine Statistiken darüber geführt. Der Kapitalismus ist ein umwälzendes welthistorisches Phänomen, bei dem erstmals in der Geschichte alle Menschen in den Wirtschaftsprozess einbezogen werden. Die wirtschaftliche Integration der Ärmsten in den Arbeitsprozess und damit die schrittweise Überwindung des Elends fand schon vor dem Aufkommen des Sozialismus statt und schon vor seinem Projekt der Überwindung des kollektiven Elends durch staatliche Einrichtungen. Ob wohlfahrtsstaatliche Institutionen tatsächlich die Armut verringert und die Wohlfahrt gefördert haben, ist nachträglich schwer zu beurteilen. Die USA sind jedenfalls ohne Sozialismus schneller zu einem generell höheren Wohlfahrtsniveau gelangt als gemischtwirtschaftliche und sozialistische Staaten.

PRO LIBERTATE: *Funktioniert der freie Markt überhaupt? Was ist mit all den faktischen Monopolen oder Oligopolen: Microsoft kontrolliert den Softwaremarkt alleine, die Telekommunikationsbranche ist – zumindest in der Schweiz – zwischen drei Anbietern aufgeteilt. Als Aussenseiter hat man so gut wie keine Chance, sich im Markt zu etablieren.*

R. Nef: Kartellgesetze und Fusionsverbote, also staatlicher Zwang, sind aus liberaler Sicht durchaus vertretbar. Allerdings darf der Einfluss solcher Gesetze nicht überschätzt werden. Nicht selten werden Monopole und Kartelle damit eher gefördert als verhindert. Ich bevorzuge einen Mittelweg. Missbrauch muss bekämpft werden, aber mit einem Wettbewerb der Wettbewerbspolitiken in kleineren Einheiten. Das Beste gegen die Macht der Kartelle sind globale offene Märkte. Das so genannte Bierkartell wurde in der Schweiz durch die Marktöffnung und nicht durch Gesetze gesprengt.

Der Telekommunikationsbereich war in der Schweiz allzu lange Zeit in staatlicher Hand, was die oligarchischen Strukturen erklärt. Ob Microsoft in 20 Jahren noch eine Monopolstellung hat, ist fraglich. Mit der Zeit verfettet und verdummt jeder Monopolist. In einer sich rasch wandelnden Welt besteht für kleine Marktteilnehmer dank technischer Dynamik die Möglichkeit, sich auch in einem Markt zu etablieren, in dem die Grossen versuchen, sich abzusprechen.

Eine Koalition der wirtschaftlich Mächtigen mit den politisch Einflussreichen, wie wir sie heute in korporatistischen Strukturen oft erleben, ist für neue, kleine Marktteilnehmer das Hauptproblem. Für Neueinsteiger wäre eine möglichst vollständige Trennung von Staat und Wirtschaft das Beste.

PRO LIBERTATE: *Stichwort «service public»: Die SBB etwa hat ein Monopol, weil sonst die Randregionen nicht mehr ans Schienennetz angeschlossen wären, was eine vermehrte Landflucht zur Folge hätte.*

R. Nef: Hier befürworte ich einen geordneten Rückzug des Staates. Das SBB-Monopol ist an die Netzwerke gebunden, weshalb eine Abgeltung der Netzwerkbenutzung durch Private in Betracht zu ziehen ist. Die Benutzerfinanzierung muss im Zentrum stehen. Dies wird allerdings zur Folge haben, dass die Bahnen in Randregionen, wo es weniger Benutzer gibt, teurer würden. Die Randregionen haben aber durchaus auch Trümpfe in den Händen, z.B. eine geschickte Tiefsteuerpolitik, die gute Steuerzahler anlockt. Die Attraktivität peripherer Gebiete dank tiefer Steuern beobachten wir heute in vielen früher armen Kantonen. Man war in diesem Bereich in den letzten Jahren zu wenig kreativ und hat gejammert und Ausgleichszahlungen verlangt, anstatt auch im Bereich der öffentlichen Finanzen unternehmerisch zu denken und zu handeln. Es ist sehr wohl möglich, dass der Wettbewerb einen besseren Ausgleich bewirkt als die Umverteilung durch Subventionen.

PRO LIBERTATE: *Heute ist es gang und gäbe, Minderheiten zu fördern, da diese sich in einer Gesellschaft, die dem formalen Gleichheitsbegriff verpflichtet ist, nicht behaupten können. Als Beispiele genannt werden die Diskriminierungen von Frauen oder Ausländern. Ist die liberale Gesellschaft tatsächlich unfähig, Minderheiten zu integrieren? Benötigen Letztere staatliche Hilfe?*

R. Nef: Eine Gesellschaft, welche die Vielfalt respektiert, sieht im Anderen das Positive. Es bilden sich heute neue, interessante Kleinmärkte, in denen etwa Direktimporte aus Asien sogar billiger angeboten werden als bei den Grossverteilern. Wirtschaftlicher Fortschritt und ein deregulierter Markt, wo das Primat der Leistung zählt, sind der beste Minderheitenschutz. Die sozialen Kompetenzen der Frauen sind in der heutigen Dienstleistungsgesellschaft zunehmend gefragt, und ich schliesse nicht aus, dass dies in absehbarer Zeit in gewissen Berufen auf dem Arbeitsmarkt für Männer zum Problem wird. Gut gemeinte staatliche Schutz- und



Robert Nef, lic. iur., hat in Zürich und Wien Rechtswissenschaft studiert. Er war zwischen 1961 und 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Rechtswissenschaft an der ETH Zürich. Seit 1979 leitet er das Liberale Institut. Seit 1994 ist er Redaktor und Mitherausgeber der Schweizer Monatshefte. Robert Nef ist zudem Präsident der Stiftung für abendländische Ethik und Kultur (Stab).

Fördermassnahmen für Frauen führen nicht selten zu einer neuen Art von Frauendiskriminierung, beispielsweise im Zusammenhang mit dem staatlich verordneten Mutterschaftsurlaub.

PRO LIBERTATE: Was sagen Sie jemandem, der alles versucht und trotzdem keine Arbeit gefunden hat; braucht es hier nicht staatliche Hilfe?

R. Nef: Die sozialstaatlichen Einrichtungen wurden für die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft konzipiert. Die sozialistische Ideologie jedoch will einen Wohlfahrtsstaat mit dem realen Ziel der Gleichbehandlung aller erzwingen. Die Demokratie im Sinn des Mehrheitsprinzips fördert diese Tendenz, indem eine Mehrheit von relativ Armen einer Minderheit von relativ Reichen hohe Steuerlasten aufzwingen kann. Dadurch werden finanzielle Mittel in die Umverteilung umgeleitet, die man eigentlich bei den Investitionen brauchen würde, die Arbeit schaffen. Aus liberaler Sicht ist eine öffentliche Unterstützung der wirklich Notleidenden zu befürworten, wenn die privaten Netzwerke nicht ausreichen. Wer staatliche Hilfe in Anspruch nehmen will, muss allerdings seine Bedürftigkeit nachweisen. Das hat überhaupt nichts Entwürdigendes an sich.

Die Menschen müssen sich Freiheit gegenseitig zutrauen und zumuten. Einerseits entsteht so ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis, andererseits werden dem Einzelnen auch die möglicherweise negativen Folgen seiner freien Entscheidung zugerechnet. Eine Politik, die sich heute auf das Festlegen generell-abstrakter Normen konzentriert, hat ausgedient. Nicht Gesetze, sondern privat-autonome, vertragliche Lösungen sind gefragt. Wer ein Problem hat, muss jemanden finden können, der ihm hilft, allerdings nicht gratis. Nur wer diese Hilfe wirklich nicht bezahlen kann, braucht gezielte Subjekt-hilfe vom Staat. Tony Blair hat Recht, wenn er eine schrittweise Privatisierung der Sozialpolitik anstrebt.

PRO LIBERTATE: Der Kapitalismus hat zur Bildung einer Massengesellschaft geführt, in der sich der Mensch als uniformiertes Zahnrad im Getriebe eines Grossbetriebes wieder findet. Noch heute scheint es schwierig für Anbieter, die abseits des Massengeschmacks produzieren, sich zu behaupten. Zerstört der Liberalismus die Vielfalt?

R. Nef: In der Frühphase des Kapitalismus gab es solche Effekte. Wenn alle Leute denselben Geschmack hatten, war die Massenproduktion lukrativ. Das Fabrikzeitalter hatte einen starken Einfluss auf die Gleichschaltung der Menschen. Der Sozialstaat verstärkte diese Gleichschaltung mit seinen unpersönlichen Mechanismen der institutionalisierten Hilfe. In einer hoch arbeitsteiligen Dienstleistungsgesellschaft steigt die Nachfrage nach Produkten, die auf individuelle Bedürfnisse zugeschnitten sind. Es gibt auch eine immer breitere Produktpalette. Ein Supermarkt verkauft heute z.B. mehr unterschiedliche Sorten von Essig oder Öl, als dies der Detaillist vor 30 Jahren tun konnte. In einer pluralistischen Gesellschaft mit vielfältigen Menschen, die durchaus unterschiedliche und wechselnde Bedürfnisse haben, ist aus meiner Sicht die so genannte Vermassung kein Problem.

PRO LIBERTATE: Liberale beklagen oftmals die heutige Flut an Gesetzen. Sind die Menschen in einer Marktwirtschaft nicht einfach zu egoistisch, sodass der Staat notgedrungen eingreifen muss?

R. Nef: Spontane Solidarität ist die Basis jeder funktionierenden Gesellschaft. In der Marktwirtschaft wird die Fähigkeit zur Sympathie mit dem Gegenüber durch Tausch ökonomisiert. Dies spielt sich allerdings auf freiwilliger Basis ab. Der Mensch kann letztlich nicht durch Zwang zum Guten, d.h. zur Sympathie geführt werden. Mit Zwang kann man höchstens das Böse, d.h. die Aggression, einschränken bzw. vermeiden.

Staatliche Eingriffe zerstören mehr an tugendhaftem Verhalten als sie schaffen. Wer etwas geben will, muss zuerst etwas haben. Darum ist das Privateigentum die Voraussetzung für soziale Netzwerke von Nehmen und Geben – und auch von Schenken, aber auch für das Übernehmen von Verantwortung bei Irrtümern und Fehlern. Zu viele Einschränkungen der Eigentumsfreiheit fördern im Effekt den Egoismus und untergraben das spontane soziale Verhalten.

Wenn der Staat seine Bürger aufgrund einer umfassenden Daseinsvorsorge dauernd unterstützt, entmündigt er sie. Die total Versorgten verhalten sich immer unmündiger, und es gibt kein vernünftiges Motiv mehr, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

Oft genug untergräbt der Staat auch die mitmenschliche Solidarität. Wenn der Staat etwa die Familie durch eine «gut gemeinte» Familien- und Sozialpolitik im Bereich der Erziehung und der gegenseitigen Unterstützung immer mehr entlastet, so schwächt er sie und verhindert dadurch das Erlernen und Praktizieren der für eine Gesellschaft überlebenswichtigen Hilfsbereitschaft in Kleingruppen.

Mit Robert Nef sprach
Patrick Freudiger
p.freudiger@besonet.ch

SÜDAFRIKA:

das schwarze Schaf der Medien?

4
5

GENEVIÈVE AUBRY,
A. NATIONALRÄTIN, TAVANNES

Es ist kein einfaches Unterfangen, über Südafrika zu sprechen, ohne von gewissen Medien als Befürworter der Apartheid abgestempelt zu werden. Der kürzlich erschienene Rapport des Schweizerischen Nationalfonds betreffend unsere Vergangenheit mit Pretoria ahmt den Rapport der nachrichtenlosen Konten, welcher von den amerikanischen Judenorganisationen verlangt wurde, nach. Das Credo gewisser «Historiker» ist nichts anderes als unser Land schwarz anzumalen. Nachdem sie die Dokumente der offiziellen ökonomischen und persönlichen Kontakte während der Periode der Apartheid durchsucht hatten, beschuldigen sie diejenigen, die es verhinderten, die Ökonomie eines Landes zu er-

drosseln, welches sich seit langem auf ein «one man one vote» vorbereitet hatte. Sollte man den Platz dem lauernden Moskau überlassen, welches darauf wartete, den Kommunismus einzuführen? Die ANC hatte ihre Chefs in Moskau ausbilden lassen und es ist nicht sicher, dass ein Demokratisierungsvorgang so rasch hätte stattfinden können, wenn man die ethnischen Rivalitäten der Bevölkerung in Betracht zieht. Dank der Intelligenz von Präsident Nelson Mandela hat sein Verzeihen eine gewisse Stabilität gebracht. Es ist aber ein langfristiges Vorhaben, eine verarmte schwarze Bevölkerung, welche gewohnt war, abgeschoben zu werden, und vor allem analphabetisch ist, auszubilden.

Freunde, die in Südafrika weilten, stellten eine hohe Arbeitslosigkeit, eine Armut und vor allem eine la-

tente und vermehrte Gewalt fest, obschon die Regierung nicht mehr weiss, sondern mehrheitlich schwarz ist und auch verschiedene Ethnien darin vertreten sind. Es ist somit sicher, dass wir einem langwierigen Bildungsvorgang zusehen werden müssen. Die Hilfe von ökonomischen Investoren, die Ausbildungshilfe von europäischen Ländern sowie die wertvolle Hilfe von Organisationen und Stiftungen, die seit langem in Südafrika tätig sind, sind dabei unentbehrlich. Südafrika ist ein wichtiges Glied für die Stabilität des afrikanischen Kontinentes. Es wäre bestimmt klüger, den Demokratisierungsprozess und die Ökonomie eines Landes, welches stabiler ist als seine Nachbarn, zu unterstützen, anstatt auf diejenigen mit dem Finger zu zeigen, welche trotz der damaligen Apartheid die notwendige Unterstützung gaben.

Gedanken zum islamischen Terror

DR. FRIEDRICH WILHELM SCHLOMANN

Seit jenem 11. September 2001, der nicht nur New York und die USA zutiefst erschütterte, sind über vier Jahre vergangen. Die Bedrohung durch Osama Bin Laden, der wohl in der westpakistanischen Provinz Wasiristan lebt (und den die CIA noch immer nicht aufspüren konnte), und die Al-Qaida-Kader existiert nach wie vor. Indes scheint es keine zentrale Terrorleitstelle zu geben, sondern ihre Gruppen arbeiten allgemein selbstständig; sie haben das Gedankengut übernommen und setzen es nach eigenem Gutdünken ein. Gemeinsam ist ihnen allen aber der Kampf für eine islamische Ordnung und gegen die «Ungläubigen» der westlichen Welt. Eingestehen muss man: Einen totalen Schutz vor ihren Anschlägen garan-

tieren selbst die ausgefeiltesten Überwachungstechniken nicht, wenn fanatische Attentäter bereit sind, sich mitsamt Gepäck in die Luft zu sprengen.

Der Einwand, die Schweiz sei kein Hauptangriffsziel islamistischen Terrors, erscheint bisher zutreffend; andererseits zählt sie zur Welt der «Ungläubigen» und muss ebenfalls vernichtet werden. Der Hinweis, hier befände sich sehr viel Geld, was Terroranschläge ausschliesse, ist falsch, da finanzielle Transaktionen in der Schweiz zur Unterstützung jener Gruppierungen nach Einschätzung westlicher Geheimdienste eine nur geringe Rolle spielen; zudem sind Geld und Gold ebenfalls letztlich «Teufliches». Einig sind sich Sachkenner in ihrer Ansicht, ein Terroranschlag in der Schweiz – einem Land, welches

(gottlob!) seit Jahrhunderten von Kriegen verschont blieb – würde eine Katastrophe auslösen. Osman Hussein, der «Rucksack-Bomber» von London, der vor Monaten in Rom verhaftet wurde, war 1992 in Genf und Zürich; Näheres scheint bisher leider unbekannt geblieben zu sein. Die übliche Vorgehensweise von Geheimdiensten, nämlich verdeckt ermittelnde Beamte in die Gruppe einzuschleusen, scheiterte selbst bei moslemischen Polizisten völlig; mit ihrer westlichen Lebensweise waren sie in diesem Milieu von vornherein Aussenseiter. Auch eine Infiltration von Agenten muss praktisch erfolglos bleiben, da von ihnen als Voraussetzung zur Aufnahme die Tötung eines «Ungläubigen» verlangt wird – was kein westlicher Geheimdienst verantworten kann. Andererseits behaupten deutsche Sicher-

heitsstellen neuerdings, Mitglieder dieser Szene gegen viel Geld für sich gewonnen zu haben; ob das eine Beruhigungspille für die Öffentlichkeit darstellen soll oder auf Wahrheit beruht (dann wäre eine Veröffentlichung leichtfertig), vermag man nicht zu sagen.

Der neue Typ eines Selbstmord-Terroristen ist jedenfalls mit gängigen Mitteln der Abwehrbehörden (wie etwa die Beobachtung gewaltbereiter Gruppierungen) kaum zu entdecken, da er nach bisherigen Erfahrungen vor dem Anschlag in keiner Weise auffällig wurde und auch seine Umgebung keine Veränderungen an ihm bemerkte. Ihr Sprengstoff TATP (im Terroristen-Jargon «die Mutter Satans» genannt) lässt sich mit Schwefelsäure oder Azeton auch von Laien herstellen.

Natürlich gibt es einen ganzen Katalog von Massnahmen zur Bekämpfung, doch ihrer Realisierung sind vielfach faktisch Grenzen ge-

setzt. Die Kernfrage bei der notwendigen Erhöhung unseres Sicherheitsstandards ist, wie viel Freiheits- und Bürgerrechte in diesem Kampf gegen den Fanatismus geopfert werden. Sprengstoff-Detektoren vor jeder U-Bahn-Station und Bushaltestelle sind nicht finanzierbar; schon die Kosten für notwendige technische Umstellungen für Europa schätzt man in Brüssel «auf mehr als 200 Millionen Euro allein im ersten Jahr»! Der Föderalismus in einzelnen Ländern erweist sich dabei sehr oft als hinderlich. Eine internationale Datei wäre dringend notwendig, doch manche ausländischen Dienste sind selbst hierbei recht zurückhaltend. Natürlich ist die Überwachung von Telefon, Computern und Briefverkehr sehr wichtig – die Attentäter von Madrid konnten gefasst werden, weil ihre Handys abgehört wurden. Die Frage, ob den einzelnen Schweizer Dienststellen dazu genügend ausländisches Personal

zur Verfügung steht, muss Kennern zufolge verneint werden; zudem wird man immer Sorge haben müssen, ob bei diesem letztlich die Loyalität zur Schweiz oder die zu seinem jeweiligen Heimatland überwiegt. Das Fotografieren bestimmter Plätze hat sich gerade in London als überaus erfolgreich erwiesen zur späteren Aufdeckung der Terroristen – es ist aber keine Gewähr gegen die Anschläge.

Ein Attentat mit radioaktiven, chemischen oder biologischen Stoffen dürfte letztlich nur eine Frage der Zeit sein. Gefürchtet wird vor allem der Einsatz einer «schmutzigen Bombe», eines mit nuklearen Abfällen gespickten Sprengsatzes. Es sind nicht nur die zu erwartenden direkten Schäden, sie würde gewiss eine Massenpanik auslösen. Es ist indes gut zu wissen, dass die Schweiz diese Gefahren sehr wohl erkennt und sich darauf vorbereitet – im Rahmen der Möglichkeiten...

Zur Empfehlung

In der Broschüre «Eine mutige Haltung» schildert Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg anhand amerikanischer, schweizerischer und weiterer Quellen die Haltung der Schweiz im Jahre 1941. Nicht Anpassung, sondern Widerstandswille prägte die Schweiz in dieser äusserst schwierigen Zeit, als sie deutschen Angriffsplänen und wirtschaftlichen Blockaden

ausgesetzt war. Der Ausbau und die Verstärkung der Befestigungen in den Alpen, also der Rückzug ins Reduit wurde zum Symbol des Widerstandes. Die Schweiz als Nachrichtendrehscheibe und Anbieterin der «guten Dienste» gab den verfeindeten Staaten eine Basis für Gespräche.



Zu beziehen bei: Interessengemeinschaft Schweiz – Zweiter Weltkrieg
Geschäftsstelle

Postfach 3343, 5001 Aarau

Tel. 062 822 02 02, Fax 062 823 92 92, kda-lottiwanner@bluewin.ch

Fremde Vögte für Schweizer Steuern?

Zum internationalen Steuerwettbewerb, von FDP-Ständerat Peter Briner, Schaffhausen

6
7

Unser Steuersystem zeichnet sich dadurch aus, dass wir auf den drei politischen Ebenen, Gemeinde – Kanton – Bund, über unsere Steuern selbst befinden können. Unsere Steuergesetze können per Referendum durch das Volk angenommen oder abgelehnt werden. Und auch über die Höhe der Steuern, den Steuerfuss, kann in den Kantonen und Gemeinden der Souverän frei entscheiden. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer erfordert sogar eine

Verfassungsänderung und braucht dazu die Zustimmung von Volk und Ständen. Diese direkte demokratische Beteiligung des Bürgers an der Bestimmung der Haupteinnahmequelle unseres Staatswesens ist einmalig. Es wird dabei sichergestellt, dass die öffentliche Hand einerseits ihre Aufgaben erfüllen kann und dass, andererseits, mit den öffentlichen Mitteln sparsam umgegangen wird.

Dank diesem freiheitlichen und föderalen Ansatz, der eine gesunde Konkurrenz zwischen den Kantonen ermöglicht, ist die Steuerbelastung in der Schweiz für natürliche und juristische Personen vergleichsweise günstig. Als Folge der Globalisierung gewinnt der internationale Steuerwettbewerb an Bedeutung. Was nun von einzelnen Staaten als Chance wahrgenommen wird, gilt offenbar für andere als Bedrohung. Einzelne neue EU-Mitglieder entdecken ein schlankes, auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichtete Steuersystem. Das passt dem «alten Europa» offenbar schlecht ins Konzept. So hat sich der französische Staatspräsident kürzlich gegen die Steuerpolitik in Mittel- und Osteuropa ausgesprochen. Für Deutschland hat die neue grosse Koalition auch höhere Steuern verordnet. Die grossen Staaten innerhalb der EU machen nun Druck auf eine verstärkte Steuerharmonisierung, und auch über die OECD soll Einfluss und Druck ausgeübt werden auf jene

Länder, die von einer solchen fiskalischen «Harmonie» nicht angetan sind, dafür ihre Hausaufgaben im Bereich ihrer Strukturen zu lösen versuchen.

Die Schweiz als Nichtmitglied der Europäischen Union hat den grossen Vorteil, dass sie neben der Aussen- und Wirtschaftspolitik auch eine eigenständige Steuerpolitik betreiben kann. Daran stören sich nun offensichtlich einige sozialdemokratische Politiker. Da reiste doch jüngst tatsächlich SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger-Oberholzer nach Brüssel, um dort Vertreter der EU gegen die Steuergesetzgebung der Schweiz aufzuhetzen. Die Medienpräsenz war ihr gewiss. Ob dies im Landesinteresse war, mag jeder selbst beurteilen. Anfang Dezember soll ein Treffen in Brüssel stattfinden, an dem Vertreter unserer Sozialdemokratie mit den europäischen Sozialisten über Steuerpolitik debattieren. Es ist anzunehmen, dass sie dort Unterstützung suchen gegen «Steuerschlupflöcher», wie sie im Einzelfall

günstige Rahmenbedingungen zu bezeichnen belieben, und gegen Steuerabkommen mit Ausländern. Im Schulterschluss mit der europäischen Linken sind sie bestrebt, der Schweiz einen Diskurs aufzudrängen, der den materiellen Steuerwettbewerb als volkswirtschaftlich schädlich und moralisch verwerflich darstellt.

Diesen Aktivitäten ist entschlossen entgegenzutreten. Sie sind schädlich für den Standort Schweiz im Besonderen und für Wirtschaftsstandorte im Allgemeinen. Wenn schon Signale aus der Schweiz Richtung EU auszusenden wären, dann die, dass man dort seine Hausaufgaben lösen sollte, ohne seine Bürger und Steuerzahler an den Rand der Resignation zu führen, zugunsten von Wachstum und Arbeitsplätzen. Keinesfalls lassen wir uns von der EU dreinreden, wie wir unsere Steuergesetzgebung zu gestalten haben. Vielmehr müssen wir die Schweizer Interessen im internationalen Steuerwettbewerb möglichst gut vertreten!

Am 17.11.2005 reichte das Initiativkomitee «Helvetia Nostra» unter der Führung von Franz Weber mit über 113 000 gültigen Unterschriften die Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» ein. Das Komitee argumentiert, mit der Verlegung des F/A-18-Überwachungsgeschwaders von Dübendorf nach Meiringen werde die Tourismusregion Berner Oberland mit unerträglichem Jetlärm bedroht. Die Initiative fordert: «In touristisch genutzten Erholungsgebieten dürfen in Friedenszeiten keine militärischen

Übungen mit Kampfjets durchgeführt werden» (Bundesverfassung Art. 74a [neu]).

PRO LIBERTATE wird in den nächsten Mitteilungen das Thema eingehend behandeln.



Gedanken der Präsidentin



AMI BOSSARD

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

Vorwärts nach Bethlehem!

Gewohnt sind wir es ja schon, die täglichen Hiobsbotschaften über uns achselzuckend ergehen zu lassen. Wir kennen das Elend, meist betrifft es uns nicht. Jedoch auch hier scheint eine Wende einzutreten. Konkurse, Entlassungen und Arbeitslosigkeit sind heute nicht mehr nur Bilder ausländischer Städte, nein, plötzlich sind auch wir davon betroffen. Ausländische Arbeitnehmer konkurrieren uns plötzlich. Die Unternehmer verlegen ihre Firmen nach China. Das Rad des Fortschritts dreht unbarmherzig. Wer nicht mitdreht, hat verloren. Heute unterwerfen wir uns global dem harten Gesetz der Zahl. Was nicht rentiert, wird fusioniert, rationalisiert, transferiert oder ausradiiert. Wer nicht billig produziert, der verliert. Wo liegt die Schuld? Wahrscheinlich gehören wir alle auf die Anklagebank, denn wir haben uns der Devise: «möglichst viel und möglichst billig», schon lange unterworfen. Früher oder später wird wahrscheinlich jede Generation ihre Schulden begleichen müssen. Der grenzenlose Wettbewerb fordert seinen Tribut, der, wie es scheint, teuer werden könnte. Weihnachtsstimmung kommt bei solchen Nachrichten nicht gerade auf. War die Stimmung vor ungefähr 2000 Jahren in Bethlehem wohl feierlicher? Ich bezweifle es. Der Volkszählung nach zu schliessen, herrschten damals auch Technokraten. Die Mildtätigkeit schien nicht zu überborden, sonst hätte

man einer hochschwangeren Frau wohl einen besseren Platz angeboten. Jesu Geburt war kein Medienereignis, nur wenige erkannten damals in jener Nacht, dass etwas Besonderes geschehen war. Die Hirten, die damalige Randgruppe der Gesellschaft, entdeckten den Stern, die Botschaft der Engel, und eilten nach Bethlehem. Auch die fremden Weisen folgten dem Stern und huldigten dem Kind in der Krippe. Die führende Macht jedoch, befürchtete Konkurrenz und verordnete Mord. Seit dieser Zeit sind Imperien entstanden und untergegangen. Städte wurden berühmt und gerieten in Vergessenheit. Länder wurden reich und sind verarmt. Geblieben aber ist die Frohbotschaft aus Bethlehem, die wir heute jedoch ins Kinderreich verbannt haben. Bethlehem lässt sich schlecht vermarkten, gilt nichts an der Börse, lässt sich nicht

managen und qualifizieren und erhöht keinen Cash-flow oder Shareholder-value. Zudem ist Bethlehem unbequem. Bethlehem verordnet keine staatliche Nächsten- oder Überübernächstenliebe, die uns alle aus der Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen entlässt. Bethlehem zieht uns zur Rechenschaft und fordert unser Engagement für unsere Umgebung und unsere Nächsten. Bethlehem bringt unsere Werthaltung ins Wanken, denn die Liebe ist oft unbequem, da sie Opfer fordert und Verzicht. Trotzdem denke ich, wenn wir die Krise bewältigen wollen, müssen wir uns vom Materialismus distanzieren und unseren Kompass nach Bethlehem richten. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, liebe Leser und Leserinnen, eine gesegnete Weihnachtszeit und eine hoffnungsvolle Zukunft.



Bild: W. Gartenmann, Matten b. I., Kapelle Flüeli-Ranft

«2006: Nein zum Konflikt Stadt – Land. Ja zur Schweiz als Eidgenossenschaft!»

Am 14. Dezember 1481 schliesst die Tagsatzung in Stans in unversöhnlichem Gegensatz zwischen den je vier Stadt- und Länder-Orten. In Berufung auf Niklaus von der Flüe tritt die Tagsatzung nochmals zusammen. In nur zwei Stunden beschliessen sie einhellig eine Lösung. Diese bannt nicht nur die Gefahr eines zerstörerischen Bürgerkrieges, vielmehr wird endlich der gemeinsame Bund der bisher nur locker Verbündeten acht Orte beschlossen. Damit wird auch die Erweiterung des Bundes möglich und beiläufig die Mehrsprachigkeit eingeleitet. Der Staatenbund der Eidgenossen inmitten von Feudalstaaten und später der Bundesstaat inmitten von Nationalstaaten hat mit der von Niklaus von der Flüe geforderten Weisheit zu tun, einander-gehorsam-zu-sein und für die Kleinen bzw. Schwachen zu sorgen.

●●●● 3 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

- 1.** Setzen wir uns für freiheitliche Rahmenbedingungen ein!
- 2.** Lassen wir uns nicht durch die Schwarzmalerei irritieren!
- 3.** Keine fremden Vögte für die Schweiz. Die Steuergesetze bestimmt das Volk!

und ●●●● 2 dringende Hinweise

- 1.** Der Vorstand von PRO LIBERTATE wünscht allen Mitgliedern, Gönnern und Sympathisanten frohe Festtage und ein gutes neues Jahr 2006. Wir sind Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unsere Tätigkeit weiterhin mit einem Startbatzen unterstützen.
- 2.** Im Jahre 2006 wird PRO LIBERTATE 50-jährig!

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Datum

Unterschrift

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

8.05

Impressum

Redaktion: A. Bossard, M. Gerber

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung
PRO LIBERTATE, Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.
Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Ami Bossard (Präsidentin), 3800 Matten b. I.
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz
Alfred M. Zumbrunn, 3645 Gwatt
Patrick Freudiger, 4900 Langenthal

Redaktionsschluss dieser Nummer: 9.12.2005

**Schon
vorbeigesurft?**

www.prolibertate.ch